



Integrationsausschuss

49. Sitzung (öffentlich)

22. April 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler-Deppe

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Mit welchen Maßnahmen und Konzepten werden Geflüchtete in Unterbringungseinrichtungen des Landes vor einer Corona-Infektion geschützt?** **7**
(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3272

– Wortbeiträge

- 2 Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige in Landeseinrichtungen** **10**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7905

Stellungnahme 17/2159
Stellungnahme 17/2201
Stellungnahme 17/2202
Stellungnahme 17/2204

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7905 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

3 Freie Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung junger Mädchen sichern. Anregungen von Staatssekretärin Güler zum Verbot des „Kinderkopftuches“ in Schulen und Kindergärten endlich umsetzen! 11

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7361

Ausschussprotokoll 17/909 (Anhörung im ASB vom 5. Februar 2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Da der federführende Ausschuss für Schule und Bildung bereits zum Antrag Drucksache 17/7361 votiert hat, entfällt eine weitere Beratung im Integrationsausschuss.

4 Absichtserklärungen allein reichen nicht aus! Die Landesregierung muss eine Landeskoordinierungsstelle gegen Rassismus und Diskriminierung einrichten. 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7913

Ausschussprotokoll 17/924 (Anhörung vom 4. März 2020)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Anregung von Ibrahim Yetim (SPD) überein, die Auswertung der Anhörung zu vertagen.

5 Abschiebeinitiative 2020 – Stärkung der Zentralen Ausländerbehörden 13

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8415

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag von Gabriele Walger-Demolsky (AfD) überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

6 Ein Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus jetzt – für eine Einwanderungsgesellschaft ohne Diskriminierung und Hetze 14

Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8746

– Wortbeiträge

Der Integrationsausschuss kommt überein, sich pflichtig an einer noch zu beschließenden Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss zu beteiligen, sofern der Termin der Anhörung nicht mit einem Sitzungstermin des Integrationsausschusses kollidiert.

7 NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus 15

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8778

– keine Wortbeiträge

Der Integrationsausschuss kommt überein, sich pflichtig an einer noch zu beschließenden Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss zu beteiligen, sofern der Termin der Anhörung nicht mit einem Sitzungstermin des Integrationsausschusses kollidiert.

- 8 Entwurf eines Verwaltungsabkommens „Vereinbarung zur Zusammenarbeit bezüglich der Tätigkeit der Zentralen Servicestelle Berufsanerkennung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesagentur für Arbeit und dem Land Nordrhein-Westfalen“** 16

Vorlage 17/3201

Drucksache 17/9011 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– keine Wortbeiträge

Vorsitzende Margret Voßeler-Deppe stellt fest, dass Vorlage 17/3201 durch den Integrationsausschuss zur Kenntnis genommen wurde.

- 9 Aufnahme von 50 schutzbedürftigen Kindern aus den griechischen Flüchtlingslagern durch Deutschland und Luxemburg** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) 17

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 17/3279

– Wortbeiträge

- 10 Verstoß gegen das Kontaktverbot im unmittelbaren Umfeld der DITIB-Moschee Wuppertal** (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 3]*) 19

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 11 Wie viele Menschen sind von der Aussetzung der Zuweisungen im Zeitraum 19. März bis 19. April betroffen, die eigentlich hätten zugewiesen werden müssen?** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4]*) 21

– Wortbeiträge

Integrationsausschuss
49. Sitzung (öffentlich)

22.04.2020
exn

12	Verschiedenes	22
a)	Terminplan für das Jahr 2021 (s. Anlage 5)	22
	Gegen die Terminplanung des Integrationsausschusses für das Jahr 2021 (s. Anlage 5) erhebt sich kein Widerspruch.	
b)	Berichtswünsche der Fraktion der SPD	22

* * *

2 Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige in Landeseinrichtungen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7905

Stellungnahme 17/2159
Stellungnahme 17/2201
Stellungnahme 17/2202
Stellungnahme 17/2204

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung am 28. November 2019 an den Integrationsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales; Ablehnung durch den AGS)

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) stellt heraus, dass laut § 3 Abs. 2 Satz 4 Asylbewerberleistungsgesetz der notwendige persönliche Bedarf mit Sachleistungen gedeckt werden könne. Davon sei nur abzusehen, wenn dies nicht mit vertretbarem Verwaltungsaufwand gelinge. Abhilfe könnten hier aufladbare Geldkarten schaffen.

Eine Anfrage ihrer Fraktion habe ergeben, dass die letzten Verhandlungen mit Kreditinstituten zu den Kosten einer solchen Lösung vier Jahre zurücklägen. Demzufolge entstünden hier Kosten in Höhe von zwischen 15 und 25 Euro. Zumindest 15 Euro halte sie nicht für überzeugen; die Aufbuchungen könne beispielsweise die NRW.Bank übernehmen.

Auch Teile der CDU hielten diesen Weg offenbar für gangbar, da die Junge Union im Rahmen des CDU-Bundesparteitags einen ähnlichen und später leicht abgeänderten Antrag gestellt habe.

Sie wisse, dass aktuell andere Themen Priorität hätten. Allerdings habe Minister Stamp selbst auf einen Versuch mit Geldkarten in Bayern hingewiesen, und sie hoffe, dass auch bei Ablehnung des Antrags geprüft werde, wie dieser Test verlaufe. Denn auch wenn es sich bei den aktuellen Bargeldauszahlungen für die Deckung des persönlichen Bedarfs mit 136 Euro um einen recht geringen Betrag handle, stelle dies im europäischen Vergleich durchaus einen Pull-Faktor dar. Man müsse sich schon die Frage stellen, weshalb Flüchtlinge, die es beispielsweise aus Marokko nach Portugal oder Spanien schafften, dort nicht bleiben wollten. Sie plädiere daher keinesfalls für Kürzungen, sondern für die Einführung derartiger Geldkarten.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7905 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

